Südschleswigscher Wählerverband

SSW

Pressemitteilung
262/2024
Kiel, 05.12.2024

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

SSW im Landtag

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 76
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: info@ssw.de

Krankenhausreform: Schleswig-Holstein drohen dramatische Versorgungslücken

Zur heutigen Pressekonferenz der Gesundheitsministerin über das weitere Vorgehen bei der Krankenhausreform erklärt der gesundheitspolitische Sprecher der SSW-Landtagsfraktion, Christian Dirschauer:

Kann man ein Land zwischen den Meeren, mit Inseln, Halligen und vielen dünn besiedelten Gebieten mit anderen Bundesländern wie Niedersachsen oder gar Berlin über einen Kamm scheren? Die Antwort lautet eindeutig nein. Und genau das ist das Problem an der Krankenhausreform, wie sie nun in Kraft treten soll. Dass wir eine Reform brauchen, um unsere Gesundheitsversorgung endlich auf finanziell sichere Beine zu stellen, steht außer Frage. Doch die nun beschlossene Reform wird dieses Problem leider nicht lösen und – noch viel schlimmer: Sie wird sogar unsere gute Grund- und Notfallversorgung in Schleswig-Holstein gefährden. Sollte etwa Flensburg seine Level-1-Versorgung extremer Frühgeburten verlieren, weil die Reform nur die Standorte Kiel und Lübeck dafür vorsieht, droht eine massive Unterversorgung im ganzen Norden und Westen des Landes. Ein ähnliches Szenario befürchten die Experten bei der Versorgung von Schlaganfallpatienten.

Deshalb ist die kommende Bundesregierung nun gefragt, Nachbesserungen vorzunehmen. Denn zu einem Vermittlungsausschuss vor Verabschiedung

SSW IM LANDTAG

des nicht fertig gedachten Gesetzes ist es ja aufgrund der bedauerlichen Enthaltung unserer Gesundheitsministerin nicht gekommen. Was dringend besser geregelt werden muss:

1. Wir brauchen mehr Flexibilität aufgrund der besonderen Geografie Schleswig-Holsteins.
2. Wir brauchen bei der Finanzierung ein echtes Lösen vom bestehenden System. Das heißt: Kein Festhalten an Fallpauschalen und Fallzahlen, sondern eine echte Vorhaltefinanzierung.
3. Wir müssen den Kliniken schon jetzt unter die Arme greifen, um bis zum Eintreten der Reform keine weiteren in die Insolvenz zu verlieren. Wie soll die Übergangsfinanzierung aussehen, Herr Lauterbach?

Denn hier geht es um das Kostbarste, was wir haben: unsere Gesundheit und im Zweifel Menschenleben.